

# WAHLKREISPOST

## SABINE BÄTZING

### LICHTENTHÄLER

Hallo Wahlkreis!

Die vergangene Woche brachte zu Tage, was man bei der CDU Rheinland-Pfalz gerade nach der Affäre um die illegale Finanzierung ihres Landtagswahlkampfes im Jahre 2006 nicht mehr vermutet hätte: Laut Recherchen der Süddeutsche Zeitung scheinen die Christdemokraten im Land von 2010 bis 2014 Spendengelder in Höhe von 46.500 Euro aus Briefkastenfirmen des Ex-Agenten Werner Mauss in Panama



erhalten zu haben. Werner Mauss muss sich zur Zeit vor dem Landgericht Bochum wegen des Vorwurfs der Steuerhinterziehung in Höhe von 15 Mio. Euro verantworten. Ich stimme mit unserem SPD-Generalsekretär Daniel Stich überein: Es wird dringend Zeit für eine offiziellen Erklärung von Julia Klöckner. Als CDU-Landesvorsitzende steht sie in der Pflicht, ihr ohrenbetäubendes Schweigen zu brechen und ihren Beitrag zur Aufklärung der Vorgänge zu leisten. Lest dazu auch mehr in der euch vorliegenden Ausgabe der „Wahlkreispost“!

Weitere mehr als unerfreuliche Ereignisse prägten die letzte Woche: So mussten wir Zeugen eines Sprengstoffanschlags auf eine Moschee in Dresden werden, der zeigt, wie sehr die fremdenfeindliche Rhetorik der Rechtspopulisten dazu beiträgt, dass die Grenzen zur Gewalt abgesenkt werden. Und wir mussten ein weiteres Mal in diesem Jahr Abschied nehmen – diesmal von Shimon Peres, Israels ehemaliger Staatspräsident und Friedensnobelpreisträger. Diese „Wahlkreispost“ enthält aus diesem Grund einen Nachruf von Sigmar Gabriel.

Aber auch positiv stimmende Themen gibt es diesmal: Die SPD startet eine breite Offensive zur Modernisierung der Schulen und es gibt die schönsten Impressionen vom Betriebsausflug „meines“ Ministeriums.

Viel Spaß bei der Lektüre!

Eure Sabine

# SPENDENAFFÄRE: KLÖCKNER MUSS AUFKLÄREN

Anlässlich der aktuellen Presseberichterstattung im Mauss-Fall erklärt der Generalsekretär der SPD Rheinland-Pfalz, Daniel Stich: „Seit dem ersten Bericht in der Süddeutschen Zeitung über die Verbindung von Herrn Mauss und der CDU Rheinland-Pfalz sind mittlerweile sieben Tage ins Land gezogen. In diesen Tagen gab es kein Wort von der CDU-Landesvorsitzenden Julia Klöckner zu dem Fall. Diese Strategie des Schweigens der CDU Rheinland-Pfalz und von Frau Klöckner, in deren Amtszeit wohl die von der Süddeutschen berichteten Ereignisse fallen, ist nicht akzeptabel. Ich fordere Frau Klöckner auf, endlich die Fragen rückhaltlos aufzuklären:

- ▶ Wie oft und wann genau waren Julia Klöckner und der Schatzmeister der rheinland-pfälzischen CDU, Peter Bleser, bei Herrn Mauss zu Besuch? Um welche Themen ging es bei diesen Gesprächen? Wurde auch über Spenden von Herrn Mauss an den Landesverband der CDU Rheinland-Pfalz oder an CDU-Kreisverbände gesprochen?
- ▶ Pressberichten zufolge besuchten Klöckner und Bleser vor „sechs oder sieben“ Jahren Herrn Mauss, also im Jahr 2009 oder 2010. Im Jahr 2010 soll den Berichten zufolge Mauss an den CDU-Landesverband über Umwege Geld gespendet haben. Wie ist diese zeitliche Abfolge zu erklären?
- ▶ Gab es regelmäßige Treffen zwischen CDU-Bundes- oder Landespolitikern aus Rheinland-Pfalz und Herrn Mauss? Wenn ja, in welchen Abständen und zu welchem Zweck?
- ▶ Welche weiteren persönlichen Kontakte hat die CDU in Cochem-Zell zu Herr Mauss gepflegt?
- ▶ Herr Mauss soll an den CDU-Kreisverband Cochem-Zell über 60.000 Euro gespendet haben. Gingen Mauss-Spenden auch an andere Kreisverbände der CDU Rheinland-Pfalz?
- ▶ In Spenden soll als Verwendungszweck „Nolilane“ gestanden haben. Das Anwesen von Herrn Mauss im Landkreis Cochem-Zell soll in der Gegend unter dem Namen „Nolilane“ bekannt und unter diesen Namen eingetragen sein. Ist diese Bezeichnung des Mauss-Grundstück der CDU bekannt, insbesondere den örtlichen CDU-Politikern Anke Beilstein und Peter Bleser?
- ▶ Welche Rolle spielt in dem Gesamtzusammenhang Rechtsanwalt Hansen, der als Spender geführt wird, und vielen in der CDU offenbar persönlich bekannt ist?“

Stich betont: „Für die SPD stellen sich viele offene Fragen, deren Aufklärung jetzt dringend geboten ist. Klarzustellen ist aber auch: Es ist derzeit nicht der Zeitpunkt für Vorverurteilungen.“

# AFD OFFENBART PROBLEME MIT DEMOKRATIE

„Wieder hat die AfD in Rheinland-Pfalz offenbart, wie wenig ausgeprägt ihr Sinn für eine offene Gesellschaft und Meinungsfreiheit ist“, sagt SPD-Generalsekretär Daniel Stich zu einer Pressemitteilung der AfD, in der sie einen der Mitveranstalter des Demokratietages angreift, Dr. Hans Berkessel, Vorstandsmitglied des rheinland-pfälzischen Landesverbands der Deutschen Gesellschaft für Demokratiepädagogik. Die AfD kritisiert Berkessel, Träger des Bundesverdienstkreuzes, weil er im Jahr 2003 eine Petition unterzeichnet hat, die sich gegen das damals geplante „Zentrum gegen Vertreibung“ eingesetzt hatte.

„Der Versuch der AfD, aus dieser 13 Jahre alten Unterschrift für eine Petition, die von zahlreichen namhaften Historikern und Wissenschaftlern unterstützt wurde, bei Hans Berkessel eine Nähe zum Linksextremismus zu konstruieren, ist lachhaft und substanzlos“, so Daniel Stich. „Hans Berkessel vorzuwerfen, er sei für die Arbeit zur Demokratiepädagogik ungeeignet, zeigt nur, dass die AfD offenbar nicht verstanden hat, was Demokratieerziehung eigentlich bedeutet. Die AfD folgt hier ihrem bekannten Muster, die Arbeit von gesellschaftlichen Akteuren, Journalisten oder politischen Mitbewerbern zu diskreditieren, ohne dafür stichhaltige Argumente zu haben.“

„Wenn die AfD sich schon des Themas Kampf gegen Extremismus und Gewalt annimmt, sollte sie sich vielleicht einmal zur Studie der Universität Leipzig zum Erstarken des Rechtsextremismus äußern. Das ist kein konstruiertes Scheinproblem wie eine 13 Jahre alte Unterschrift auf einer Internetpetition, sondern eine aktuelle, repräsentative Studie, die eine gefährliche Entwicklung im Land beschreibt, die wir sehr ernst nehmen sollten. Hier setzt Demokratieerziehung an – wir brauchen sie mehr denn je“, so Stich abschließend.

## MEIN TIPP ZUM KLICKEN: MALU DREYER IM SWR-„INTERVIEW DER WOCHE“

„Keiner von uns hat große Sehnsucht nach einer Großen Koalition.“ –  
„Unionsstreit über die Flüchtlingspolitik ist unzumutbarer Zustand.“ –  
– „Vom Kompromiss zur Reform der Erbschaftssteuer können alle profitieren.“ – Ministerpräsidentin Malu Dreyer ist für eindeutige Worte und ihre klare Haltung bekannt. Im „Interview der Woche“ auf dem Südwestrundfunk stellte sie sich jetzt den Fragen von Moderator Stephan Ueberbach. Das Interview zum Nachhören gibt es hier: [Klick!](#)

# SCHULEN SOLLEN MODERNER WERDEN

*SPD im Bund strebt ein großes Sanierungsprogramm an*

Der SPD-Parteivorstand hat sich in seiner Sitzung am 26. September 2017 mit dem Zustand der Grund- und weiterführenden Schulen beschäftigt. Für die Spitzen-Genossinnen und -Genossen steht dabei außer Frage: „Bildung – insbesondere die schulische Bildung – ist der entscheidende Schlüssel für die Verwirklichung individueller Lebenschancen, den Zusammenhalt unserer Gesellschaft und nicht zuletzt den wirtschaftlichen Erfolg unseres Landes. Seit dem sogenannten „PISA-Schock“ wurden Schulstrukturen modernisiert, das Angebot an Ganztagschulen massiv ausgebaut und die frühkindliche Bildung in quantitativer und qualitativer Hinsicht verstärkt.“ Dennoch stehe das Bildungs- und Schulsystem heute vor großen Herausforderungen.



Etwa die Hälfte aller Schulen in Deutschland ist nach Angaben des Deutschen Städte- und Gemeindebundes sanierungsbedürftig. Eine aktuelle Studie der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) beziffert den Investitionsstau auf 34 Mrd. Euro. Der Zustand unserer Lernorte ist dringend verbesserungsbedürftig. Auch der Ausbau der Ganztagschulen sei nach wie vor noch immer nicht auf dem Stand, der den tatsächlichen gesellschaftlichen Bedarf abdecken würde. Es gibt großen Nachholbedarf in der „digitalen Bildung“, zu weniger Schulsozialarbeiter bei Schulen in sozialen Brennpunkten. Noch immer gibt es zu viele Schulabbrecher.

Um diese Missstände zu beheben, braucht es eine gemeinsame Kraftanstrengung im Rahmen einer nationalen Bildungsallianz von Bund, Ländern und Kommunen. Im Rahmen dieser Allianz sollten folgende Maßnahmen ergriffen werden:

1. Der Bund stellt ein Programm zur Schulmodernisierung für den Zeitraum von 2017 bis 2021 mit zusätzlich 9 Mrd. Euro zu Verfügung.

2. Diese Mittel sollen vorrangig in Verbindung mit den Mitteln von Ländern und Kommunen zur Sanierung und Modernisierung von Schulen, zur digitalen Ausstattung der Schulen, zum Ausbau der sportlichen, kulturellen und sozialen Angebote und zum Ausbau von Ganztagschulen eingesetzt werden.

3. Im Ganztagsbereich streben wir einen Rechtsanspruch auf gute und verlässliche Ganztagschulplätze zumindest im Primarbereich bis 2021 an.

4. Bei der Personalausstattung der Ganztagschulen beteiligt sich der Bund durch ein zusätzliches Programm am flächendeckenden Ausbau der Schulsozialarbeit. Die Länder stellen ihrerseits den notwendigen Ausbau und die Einstellung der erforderlichen Lehrkräfte sicher.

5. Der Bund unterstützt die Länder im Rahmen eines Programmes zum Ausbau der Kapazitäten in der Lehrerbildung an den Hochschulen.

6. Bund und Länder vereinbaren sich über gemeinsame Schritte zum Ausbau der digitalen Bildung. Dazu gehören Investitionen in die notwendige Infrastruktur, Maßnahmen zur Entwicklung einer gemeinsamen Digitalisierungsstrategie, der gemeinsamen Aufbau von Lernplattformen, von Lernsoftware und digitale Reformen in der Aus- und Weiterbildung der Lehrkräfte.

7. Im Rahmen der Bildungsallianz sollen Bund, Länder und Kommunen einen besonderen Schwerpunkt auf die Modernisierung und Digitalisierung der beruflichen Schulen legen. In einem „Pakt für Berufliche Bildung“ wollen wir damit einen Beitrag zur Stärkung der beruflichen Bildung, insbesondere der „Dualen Ausbildung“ leisten.

8. Durch eine Änderung des Grundgesetzes wird die Möglichkeit zur gezielten Kooperation in der schulischen Bildung von Ländern und Bund geschaffen. Ein Einstimmigkeitsprinzip sichert dabei den Gestaltungsanspruch der Länder und ihre Kultushoheit.

Die SPD will dazu noch in der Legislaturperiode das Gespräch mit dem Koalitionspartner im Bund, mit den Ländern und den kommunalen Spitzenverbänden suchen, um mit einer nationalen Bildungsallianz das Schulmodernisierungsprogramm auf den Weg zu bringen.

# פרס# – ABSCHIED VON SHIMON PERES

*Nachruf Sigmar Gabriels zum Tod des großen Staatsmanns*

Wir trauern um Shimon Peres, einen der großen und herausragenden Politiker und Staatsmänner unserer Zeit. Er war ein Brückenbauer und Friedensstifter. Wie kaum ein anderer hat er das politische Gesicht Israels geprägt. Als Ministerpräsident, Außenminister und zuletzt auch als Staatspräsident übernahm er Verantwortung für das Land.



Dabei galt sein politisches Wirken nicht nur dem Wohle und der Sicherheit Israels. Für ihn gab es nie einen Zweifel, dass ein gerechter Ausgleich und ein friedliches Zusammenleben mit den Palästinensern und den arabischen Nachbarn Voraussetzung für das Wohl aller Menschen in der Region ist. Mit dem Osloer Friedensprozess wurde 1994 ein Durchbruch erzielt: Für die Vereinbarungen, die den Weg zu einer Zwei-Staaten-Lösung und für ein friedliches Miteinander zwischen Israelis und Palästinenser ebneten sollten, wurden Shimon Peres wie auch Jitzchak Rabin und Jassir Arafat mit dem Friedensnobelpreis geehrt.

Auch in politisch schwierigen Zeiten hat Peres das Erbe des Osloer Friedensprozesses verteidigt. Mit dem Peres Center for Peace warb er gerade auch bei jungen Menschen für Frieden im Nahen Osten. Shimon Peres war ein Mensch, der stets nach dem Gemeinsamen suchte und nicht das Trennende betonte. Mit seinem Eintreten für den Austausch und die Zusammenarbeit mit Partnern in Europa und insbesondere Deutschland warb er stets eindrucksvoll für Vertrauen und Versöhnung. Er baute Brücken zwischen den Menschen. Auch als Vorsitzender der israelischen Arbeitspartei lagen ihm der aktive politische Austausch und die Zusammenarbeit zwischen der SPD und der Awoda am Herzen.

Unvergessen ist für mich seine Rede, die er im Januar 2010 als israelischer Staatspräsident vor dem Deutschen Bundestag hielt. Die vorsichtige Annäherung beider Länder kurz nach Ende des Zweiten Weltkrieges und der Shoa bezeichnete Peres so: „Die Brücke über dem Abgrund wurde mit schmerzenden Händen und Schultern, die dem Gewicht der Erinnerung kaum standhielten, aufgebaut und sie steht auf starken, moralischen Grundfesten.“ Shimon Peres war ein Freund Deutschlands.

Wir werden Shimon Peres Andenken bewahren.

## DAS SOZIALMINISTERIUM UNTERWEGS

### *Impressionen vom Betriebsausflug des „MSAGD“*

Sabine Bätzing-Lichtenthäler vertritt die ganz vielfältigen Anliegen der Bürgerinnen und Bürger in Rheinland-Pfalz nicht nur als Abgeordnete, sondern auch als rheinland-pfälzische Ministerin für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie. Dass sie sich dabei auf einen kompetenten und engagierten Mitarbeiterstab verlassen kann, weiß sie.

Der Personalrat des „MSAGD“ organisierte nun einen Betriebsausflug für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Ministeriums – und auch die „Chefin“ war selbstverständlich mit dabei. „Solche Ausflüge fördern den Zusammenhalt im Team“, so Sabine Bätzing-Lichtenthäler. „Sie dienen nicht nur dem Ausgleich zur Arbeit – wer sich gut miteinander versteht, der wird auch bei der Arbeit gut Ergebnisse erzielen“, ist sie sich sicher. Impressionen von der Geierlay und aus Kastellaun gibt es hier!



Lunchpakete gepackt?  
Dann kann es losgehen!  
Vor Beginn des Ausflugs  
gab es vor den Pforten des  
Sozialministeriums in  
Mainz noch eine Stärkung  
für jeden. Danach ging es  
von der Landeshauptstadt  
in den Hunsrück nach  
Kastellaun und zur  
Hängeseilbrücke  
„Geierlay“ in Mörsdorf.

Die Hängeseilbrücke  
„Geierlay“ wurde erst  
vor einem Jahr  
eingeweiht und ist die  
längste ihrer Art in  
ganz Deutschland.  
Am 30. Dezember 2015  
wurde die 100.000  
Besucherin begrüßt.  
Die Attraktion ist bei  
den Touristen beliebt –  
und das gilt auch für  
die Mitarbeitern des  
Sozialministeriums...



...und entsprechend groß war  
die Beteiligung am Ausflug  
nach Kastellaun. Für Sabine  
Bätzing-Lichtenthäler  
gehören solche Aktionen fest  
zur Arbeit im MSAGD dazu:  
„Das Ministerium ist  
schließlich auch ein  
,einfacher' Arbeitgeber und  
hat als solcher auch die  
Fürsorge für seine  
Mitarbeiter. Deshalb ist mir  
ein gutes ‚Betriebsklima‘  
besonders wichtig.“